

N i e d e r s c h r i f t
über die 27. - öffentliche - Sitzung
des Kultusausschusses
am 18. April 2024
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung durch Frau Kultusministerin Julia Willie Hamburg zu den Abläufen bezüglich der Abiturprüfungen im Fach Politik/Wirtschaft am 11. April 2024**
Unterrichtung 4
Aussprache 6

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3990](#)
Verfahrensfragen..... 12

3. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 1 GO LT „Situation der Gesamtschulen in Niedersachsen“ in der Drucksache 19/3958**..... 14

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Pascal Mennen (GRÜNE), Vorsitzender
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (i. V. d. Abg. Thore Güldner) (SPD)
4. Abg. Corinna Lange (SPD)
5. Abg. Julius Schneider (i. V. d. Abg. Kirsikka Lansmann) (SPD)
6. Abg. Phillip Meyn (SPD)
7. Abg. Stefan Politze (SPD)
8. Abg. Anna Bauseneick (CDU)
9. Abg. Katharina Jensen (i. V. d. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz) (CDU)
10. Abg. Christian Fühner (CDU)
11. Abg. Sophie Ramdor (CDU)
12. Abg. Eike Holsten (i. V. d. Abg. Lukas Reinken) (CDU)
13. Abg. Lena Nzume (GRÜNE)
14. Abg. Harm Rykena (AfD)

Von der Landesregierung:

Ministerin Hamburg (MK).

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke (Mitglied),
Oberregierungsrätin Dr. Wetz.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsrätin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.26 Uhr bis 14.19 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschrift über die 25. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Unterrichtung durch Frau Kultusministerin Julia Willie Hamburg zu den Abläufen bezüglich der Abiturprüfungen im Fach Politik/Wirtschaft am 11. April 2024

Unterrichtung

Ministerin **Hamburg** (MK): Ich möchte betonen, dass die Situation des Einbruchs in die Schule natürlich vollkommen unvorhersehbar war. Als am Morgen bekannt wurde, dass die Prüfungen öffentlich geworden sind, erforderte dies einen sehr spontanen Kraftakt - sowohl an den Schulen als auch beim Kultusministerium. Ich möchte mich an dieser Stelle deutlich bei allen Beteiligten bedanken. Die Schulen haben mit sehr großem Einsatz und sehr großer Kreativität versucht, diese Situation gut zu managen. Und auch im Kultusministerium selber wurden erhebliche Anstrengungen unternommen. Ich möchte ferner betonen, dass für uns in dieser Situation immer die Frage handlungsleitend war: Was ist das Beste für die Schülerinnen und Schüler? Wie können wir es schaffen, dass diejenigen, die sich auf diesen Tag vorbereitet haben - und nicht etwa für vier Wochen später - die Prüfungen auch wirklich schreiben können?

Solche Situationen gab es bereits in der Vergangenheit, aber nie am gleichen Tag. Das ist der große Unterschied. Wenn man so etwas das erste Mal durchläuft, führt dies natürlich zu Reibungsverlusten und Problemen. Wie Sie wissen, habe ich am Dienstag eine Pressekonferenz gegeben, um das weitere Vorgehen darzustellen, weil wir hier Handlungsbedarfe gesehen haben. Es gab Schülerinnen und Schüler, die die von uns eingeräumte Wahlfreiheit schlichtweg nicht erhalten haben. Vor diesem Hintergrund war uns klar, dass wir das heilen und ihnen eine Wahlfreiheit einräumen werden.

Wir haben eine Abfrage gemacht. Auch das habe ich in der Pressekonferenz gesagt. Sie zeigt, dass der weit überwiegende Teil der Schulen tatsächlich vollkommen korrekt und auch umsichtig gehandelt hat. Sie haben die belastende und unbefriedigende Situation vor Ort sehr gut bewältigt. Am 11. April waren 8 092 Prüflinge von dieser Klausur des Politik-/Wirtschaftsabiturs betroffen. 7 371 Prüflinge hatten eine Wahlmöglichkeit. 329 Schulen haben dieses Wahlangebot unterbreitet. 31 Schulen haben es nicht unterbreitet; das sind 8,6 % der Schulen. Darunter ist auch die Schule, die die alte Klausur geschrieben hat. An 91,4 % der Schulen ist es also so gelaufen, wie vorgegeben.

Darüber hinaus hat uns natürlich auch interessiert, wie viele Prüflinge sich entschieden haben, von dieser Wahlmöglichkeit Gebrauch zu machen. Rund ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler haben sich entschieden, den Nachschreibtermin zu wählen. Dementsprechend haben sich vier Fünftel - also auch hier der weit überwiegende Teil von etwa 80 % - entschieden, am selben Tag die Klausur „hinter sich zu bringen“. Insofern kann man sehen, dass die Entscheidung richtig war, alle Anstrengungen darauf zu fokussieren, das Angebot des Schreibens an dem Tag zu machen.

Die Abläufe haben gezeigt, dass man auf der einen Seite eine gewisse Routine mit solchen unvorhergesehenen Situationen benötigt. Und auf der anderen Seite sollte man noch einmal schauen, wie man solche Abläufe verbessern kann. Vor dem Hintergrund werden wir nächstes Jahr einen Alarmtag durchführen, an dem wir solche unvorhergesehenen Situationen für die

Schulen erproben und ihnen damit ermöglichen, zu schauen, ob die Abläufe funktionieren. Ferner werden wir in diesem Rahmen schauen, was im MK gegebenenfalls noch verbesserungsfähig ist.

Wir werden zusätzliche Kommunikationskanäle eröffnen. Wir prüfen gerade verschiedene Szenarien, wie wir noch mehr Wege schaffen können, um die Schulen zu adressieren - sei es über freiwillige SMS-Verteiler, in die sich Schulleitungen oder andere an Schule Beschäftigte eintragen können, um die Information, dass eine E-Mail vorliegt, auch per SMS zu erhalten. Und wir überlegen, auf einer Downloadseite die wichtigsten Informationen zusätzlich verfügbar zu machen.

Sie sehen, dass wir gerade sehr penibel prüfen, wie man bei solchen unvorhersehbaren Ereignissen die Wahrscheinlichkeit erhöhen kann, dass alle davon mitbekommen. Wir sind gerade auch im Gespräch mit den Regionalen Landesämtern - die schulfachlichen Dezernentinnen sind ja sehr nah an den Schulen -, wie wir sie in die Kommunikationswege einbinden können.

Und darüber hinaus schauen wir natürlich auch, wie wir technische Lösungen schaffen können. Sie werden in den Medien gelesen haben, dass wir ab nächstem Jahr planen, auch die Nachschreibklausuren zu verschlüsseln. Hier möchte ich deutlich sagen, dass wir damit dieses Jahr schon begonnen haben. Das Fachreferat hat am Donnerstag entschieden, alle Nachschreibklausuren zu verschlüsseln, aus der Erfahrung heraus, dass wir damit deutlich Zeit sparen könnten, wenn ein solcher Vorfall noch einmal passiert.

Und auch darüber hinaus schauen wir, wie wir die hohen Sicherheitsstandards, die ja 2006 eingeführt wurden und sich im Grundsatz bewährt haben, erhalten können und trotzdem durch zum Beispiel zusätzliche Serverkapazitäten und andere Möglichkeiten eine Beschleunigung im System erreichen können, um noch mehr Zeit zu sparen.

Vor diesem Hintergrund kann ich sagen, dass seit Donnerstag wirklich vielfältige Aktivitäten entfaltet wurden, um bereits jetzt Konsequenzen für den nächsten Prüfungszeitraum ziehen zu können. Ich möchte insbesondere dem Referat 33, aber auch dem Rechtsreferat im MK sehr herzlich danken. Diese haben über das Wochenende sehr intensiv daran gearbeitet, den Schulen so schnell wie möglich Handlungssicherheit zu geben. Denn klar ist ja auch, dass alle Klausuren, die noch nicht korrigiert wurden, den Lehrkräften am Ende Arbeit ersparen.

Aus diesem Grund haben wir uns auch entschieden, neben diesem Nachschreibtermin zentral einen zusätzlichen Nachschreibtermin anzusetzen. Das machen wir, um auf der einen Seite zu gewährleisten, dass die Abiturientinnen und Abiturienten alle rechtzeitig ihr Zeugnis bekommen. Auf der anderen Seite geschieht dies aber auch, damit sich die Lehrkräfte, die jetzt einen erhöhten Korrekturaufwand und zusätzlichen Stress haben, nicht auch noch selber Prüfungsthemen und Klausurinhalte überlegen müssen, sondern zumindest an dieser Stelle entlastet werden.

Wir werden also zusätzliche Aufgaben für zwei Nachschreibklausuren konzipieren und den Schulen entsprechend zur Verfügung stellen. Wir haben die Schulleitungen auch darauf hingewiesen, dass sie für erhöhten Korrekturaufwand in den Kollegien Korrekturtage vergeben können, weil natürlich auch das mit Blick auf die Zeugnisvergabe ein relevanter Punkt sein kann.

Aussprache

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Warum haben die Kommunikationswege so lange gedauert? Warum hat man es nicht innerhalb kürzester Zeit hinbekommen, den Schulen die Ersatzaufgaben zur Verfügung zu stellen? Was ist der genaue Grund dafür, dass man bis nach 10 Uhr gebraucht hat, um die entsprechenden Links und Downloads zur Verfügung zu stellen?

Gibt es Schulen, die die Links bzw. die Downloads am Anfang nicht öffnen konnten? An uns ist herangetragen worden, dass man nicht an jeder Schule alles entsprechend herunterladen konnte.

Eine Frage zu den Handlungsmöglichkeiten, wenn die Ergebnisse vorliegen. Wenn die Ergebnisse schlechter ausfallen, als es in den letzten Jahren der Fall war, könnte das ja Rückschlüsse darauf zulassen, dass die Prüflinge eine besondere Belastung und deshalb Konzentrationsschwierigkeiten hatten. Erwägt das Kultusministerium, hier noch einmal nachzusteuern und entsprechende Anpassungen bei der Benotung vorzunehmen? Oder wird so etwas definitiv nicht passieren?

Ist die Option des Nachschreibens für alle geprüft worden? Vielleicht haben ja viele Prüflinge entschieden, es hinter sich zu bringen, und sind dann aber doch mit erheblichen Konzentrationsschwierigkeiten in die Prüfung gestartet. Man hätte ja theoretisch sagen können, dass auch diese Personen die Möglichkeit haben, im Mai nachzuschreiben. Warum hat man davon abgesehen?

Zu dem Alarmtag: Haben wir es richtig verstanden, dass das Datum kommuniziert wird? Dann wissen die Schulen, wann dieser Tag stattfindet, was dazu führt, dass man in die Postfächer schaut, weil man ja weiß, dass der Alarmtag stattfindet. Das Szenario, dass unerwartet etwas passiert, würde ja nur eintreten, wenn man diesen Alarmtag nicht vorher ankündigt, sondern ihn irgendwann unangekündigt durchführt.

Eine Anregung aus den Schulen war, ob man nicht so etwas wie eine Telefonkette für solche Situationen einrichten kann, da das in Rede stehende Postfach mittlerweile für viele Schulen schon ein Spam-Postfach geworden ist, weil dort so viele Sachen eingehen, sodass die entsprechenden Mails untergegangen sind.

Ministerin **Hamburg** (MK): Zu Ihrer Frage nach der Dauer und den Kommunikationswegen: Lassen Sie mich erst einmal die Uhrzeiten nennen. Das MK hat um 6:45 Uhr den Anruf bekommen. Dann musste natürlich im MK entschieden werden, ob die Klausur als öffentlich geworden zu betrachten ist und ob eine andere Klausur zur Verfügung gestellt werden muss. Ferner gab es die Frage: Schaffen wir das noch an diesem Tag? Können wir das gewährleisten, oder müssen wir die Prüfung an diesem Tag absagen? Und dann musste natürlich noch eine E-Mail geschrieben werden, die den Schulleitungen darlegt, was passiert. Das Ganze hat 45 Minuten gedauert. Das finde ich vor dem Hintergrund der Tragweite einer solchen Entscheidung durchaus angemessen. Ich glaube, wir müssen nicht darüber streiten, ob es fünf Minuten schneller hätte gehen können. Das wäre natürlich schön gewesen.

Wir waren sehr zuversichtlich - weil wir auch mit vielen Menschen daran gearbeitet haben -, den Download bis 8:30 Uhr zur Verfügung zu stellen. Dies haben wir den Schulen so mitgeteilt. Wir mussten das Ganze aber auf unserer Seite verschlüsseln und dann über das NLQ auf die Server hochladen - und das für jede Schule einzeln. Das hat entsprechend länger gedauert.

Das heißt, wir haben kurz nach 8:30 Uhr den Schulen mitgeteilt, dass es etwas länger dauern wird - etwa bis 9 Uhr - und sie gebeten, auf die nächste E-Mail zu warten. In der Mail sollte dann Bescheid gegeben werden, dass der Download zur Verfügung steht. Wir hätten durchaus um 9 Uhr fertig sein können, aber eines der Dokumente war beschädigt. Dieses Dokument, das für eine Schule bestimmt war, mussten wir zuerst reparieren, da wir ja nicht den anderen Schulen die Dokumente zu einem früheren Zeitpunkt zur Verfügung stellen konnten. Dieser Umstand war sehr ärgerlich, so etwas kann aber passieren. Um 9:30 Uhr standen dann die Daten zum Download zur Verfügung. Aber dann mussten die Schulen auch noch einige technische Schritte vollziehen. Vor diesem Hintergrund hat es dann bis 10:00 Uhr oder 10:30 Uhr - je nach Schule - gedauert, bis dann geschrieben werden konnte.

Nach dem aktuellen Kenntnisstand im MK gab es aufseiten der Schulen keine Probleme, die Dokumente zum Download zu öffnen. Ob sich noch eine Schule bei uns meldet, vermag ich natürlich nicht vorherzusagen.

Natürlich werden wir uns die Ergebnisse der Klausuren anschauen, wenn sie vorliegen. Wir werden schauen, ob die Ergebnisse der Klausuren, die am 11. April geschrieben wurden, schlechter ausfallen als die Ergebnisse der Klausuren am 8. Mai. Nach allem, was wir bislang aus den Schulen und von Schülerinnen und Schülern gehört haben, gibt es keine Hinweise darauf, dass die Schülerinnen und Schüler mit der Klausur nicht klargekommen sind oder dass sie Schwierigkeiten hatten, diese nicht zu Ende zu schreiben. Deshalb gehen wir erst mal nicht davon aus. Das ist aber natürlich nur eine Prognose. Wir werden uns das Ganze anschauen.

Wir können prinzipiell einen anderen Maßstab anlegen, wenn die Klausur entweder zu umfangreich oder objektiv zu schwierig war. Dies ist ja in der Vergangenheit auch schon vorgekommen, wie sie sich erinnern werden. Dies ist aber hier beides nicht der Fall. Und vor diesem Hintergrund kommt eine bessere Benotung einfach nicht infrage. Natürlich müssen wir die Frage bewerten, falls es Schwierigkeiten gegeben haben sollte. Wir haben aber eigentlich keine Möglichkeit, einen zusätzlichen Punkt oder eine bessere Note zu geben.

Es gibt ja viele andere Abiturientinnen und Abiturienten, die Klausuren in anderen Fächern geschrieben haben. Und diese sind mit Blick auf den Numerus clausus in einer Vergleichbarkeitssituation. Deshalb haben wir nicht den Hebel, bestimmte Schülerinnen und Schüler besser zu stellen, weil es sich um eine unvorhersehbare Situation gehandelt hat. Vor diesem Hintergrund haben wir eine solche Entscheidung nicht treffen können, obwohl wir durchaus zur Kenntnis genommen haben, dass es solche Forderungen gab. Ich kann verstehen, dass sich Schülerinnen und Schüler ein solches Vorgehen wünschen. Trotzdem habe ich keine Handhabe, und ich würde damit auch Präzedenzfälle für andere Situationen schaffen. Das ist an dieser Stelle nicht zielführend.

Wir haben in den letzten Tagen verschiedene Szenarien rechtlich und pädagogisch geprüft. Dies wurde im Kultusministerium sehr intensiv in den jeweiligen Referaten und auch mit der Hauspitze erwogen. Natürlich gab es auch die Frage: Lassen wir alle nachschreiben? Wie erheblich waren die Benachteiligungen für die Prüflinge? Falls wir uns entschieden hätten, alle Schülerinnen und Schüler nachschreiben zu lassen, hätten wir wiederum eine Gruppe sehr stark benachteiligt: diejenigen, die sich entschieden haben, am 8. Mai erstmalig zu schreiben. Dann hätten wir sozusagen allen einen Freischuss genehmigt, außer denjenigen, die am 8. Mai schreiben. Diese hätten sich dann wiederum benachteiligt fühlen und klagen können. Vor dem Hintergrund,

dass ich die Chancengleichheit für alle gewährleisten muss, ist diese Option deswegen verfallen, auch wenn ich verstehen kann, dass sich Schülerinnen und Schüler ein solches Vorgehen gewünscht hätten.

Wir haben uns die verschiedenen Fallgruppen angeschaut, die es an dem Tag auch durch die unterschiedliche Durchführung der Schulen gab, und haben dann abgewogen, wer benachteiligt wurde und wer nicht. Unser Maßstab dabei war die Frage: Wer hatte die Wahlmöglichkeit, und wer hatte sie nicht? Am Ende muss man ja auch bedenken, dass wir hier über 18- oder 19-jährige junge Menschen sprechen, die durchaus geschäftstüchtig und mündig sind. Deshalb können sie eine solche Entscheidung, trotz Stress, entsprechend treffen. Auch wenn es erschwerte Bedingungen gab - das gestehe ich durchaus zu.

Wir haben uns entschieden, den Alarmtag durchzuführen. Dies geschieht in Absprache mit den RLSB und den Schulen. Im Moment überlegen wir noch, wie wir ihn genau konzipieren. Es gibt sicherlich verschiedene denkbare Szenarien. Ihr Einwand, dass die Schulen gegebenenfalls über den Termin Bescheid wissen, ist einerseits berechtigt. Andererseits brauchen sie kein Überraschungsmoment, um ihre Abläufe zu durchdenken und zu überlegen, wie diese funktionieren. Abgesehen davon vermute ich, dass ihnen dieser Tag auch im kommenden Jahr noch in den Knochen stecken wird.

Meine Erfahrung ist, dass im Moment alle Schulen überlegen, wie sie sich organisatorisch besser aufstellen können. Um das dann zu erproben und verschiedene Dinge durchzuspielen - es sind ja auch noch andere Szenarien denkbar -, damit man die Organisation daran ausrichten kann, braucht es nach meiner Einschätzung kein Überraschungsmoment. Natürlich könnte man den Alarmtag auch für eine bestimmte Woche ankündigen und das Ganze dem Ermessen der Schulen überlassen. Dann hat man aber wieder die Situation, dass wir die Schulleitungen in dieser Woche extrem belasten, da sie kontinuierlich E-Mails checken müssen, die sie eigentlich nicht checken müssten.

Zu den Telefonketten: Uns haben die Schulen zurückgespiegelt, dass sie tatsächlich so etwas wie eine SMS aufs Handy sehr hilfreich fänden. Die Idee, das Ganze über die schulfachlichen Dezenturinnen und Dezenturen laufen zu lassen, ist ja so etwas wie eine Telefonkette. Jeder telefoniert sozusagen seine Schulen durch. Insofern ist dies durchaus Gegenstand der aktuellen Überlegungen. Wir müssen jetzt aber auch darauf achten, dass wir das Ganze nicht überfrachten. Insofern bewerten wir gerade, was zielführend ist und koppeln dies mit den Schulen zurück.

Den Hinweis, dass das Postfach ein Spam-Postfach ist, nehme ich zur Kenntnis. Nach meinem Kenntnisstand werden jedoch nur Nachrichten verschickt, die auch eine Relevanz haben. Wir nehmen den Hinweis aber ernst und prüfen, ob es eine Reduzierungsmöglichkeit gibt.

LMR'in **Johannes** (MK): Im Zusammenhang mit dem Abitur handelt es sich sicherlich nicht um Spam. Es werden nur ganz relevante Mails, die für die Durchführung des Abiturs notwendig sind, an dieses Postfach verschickt. Es werden vom NLQ beispielsweise aber auch Hinweise zu Fortbildungen gegeben. Hier kann man vielleicht darüber nachdenken, ob eine andere Variante gewählt werden kann, damit die in Rede stehenden Mails in den ganz besonderen Situationen sozusagen prominenter hervortreten.

Abg. **Stefan Politze** (SPD): Vielen Dank, Frau Ministerin, für die zeitnahe Unterrichtung und auch herzlichen Dank an das Haus für das besonnene Handeln in dieser nicht einfachen Situation. Es hat sich ja um einen Vorfall gehandelt, den es bislang so noch nicht gab. Das hat gezeigt, dass die Ketten sehr sauber funktioniert haben. Um 6:45 Uhr eine Mitteilung entgegenzunehmen, ist nicht unbedingt selbstverständlich in deutschen Behörden. Da hat etwas relativ gut funktioniert und konnte auch schnell angegangen werden.

Und auch die E-Mail-Kette hat ja offensichtlich relativ gut funktioniert. Es gab ja an manchen Schulen auch einfach nachvollziehbare Gründe, warum vielleicht die dritte E-Mail nicht gelesen worden ist. Wenn man selber am Kopierer steht, um für die Schülerinnen und Schüler schnell die Klausuren zu kopieren, und dann nicht mehr die dritte Mail liest, ist das menschlich nachvollziehbar. Es ist natürlich ärgerlich, wenn so etwas passiert, aber man ist nicht dagegen gefeit, dass Menschen Straftaten begehen und dann so vorgehen, wie es in dem vorliegenden Fall geschehen ist.

Eine Frage: Ich habe wahrgenommen, dass Schülerinnen und Schüler den Raum nicht verlassen konnten, also weder telefonieren noch auf Toilette gehen konnten. Wird dies nachbereitet? Ich glaube, es ist nicht im Sinne einer solchen Situation, dass man unter Stress gerät, weil die Arbeit nicht geschrieben werden kann, nicht Bescheid weiß, warum sie nicht geschrieben werden kann, und dann noch nicht mal mit den Eltern telefonieren oder auf Toilette gehen kann. Ich gehe davon aus, dass es sich hierbei aber eher um Einzelfälle gehandelt hat.

Kann man den Schulen Handlungsmöglichkeiten für den Fall eröffnen, dass sich das Ganze lang hinzieht. Wenn beispielsweise nicht innerhalb von anderthalb Stunden eine Kette eingesetzt hat: Kann eine Schulleitung dann sagen, dass das Ganze für diesen Tag gelaufen ist und ein anderes Szenario gewählt wird?

Der Nachschreibetermin steht ja nun fest. Ist das für die Lehrkräfte in Bezug auf den Korrekturaufwand leistbar? Ich frage dies vor allem vor dem Hintergrund des frühen Ferienbeginns in diesem Jahr. Ist dies in Schule gut leistbar?

Ministerin **Hamburg** (MK): In der Tat gibt es eine 24/7-Erreichbarkeit dieser Notfallnummer. Das wird durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - insbesondere durch eine Person - in der ABI-Zeit gewährleistet. Es ist wichtig zu betonen, dass hier ein großer Einsatz erfolgt, um gegen jedes Szenario gewappnet zu sein, was ich deutlich anerkennen möchte.

Die Schülerinnen und Schüler konnten den Raum zu Beginn in der Tat nicht verlassen. Die Überlegung war, dass die Klausur relativ schnell beginnen soll und man die Schülerinnen und Schüler deshalb alle beisammenhält. Deshalb erging die Bitte, die Schülerinnen und Schüler so lange in der Klasse zu halten, da wir dachten, wir könnten schneller sein. Als wir merkten, dass das nicht funktioniert, haben wir in unserer E-Mail um 8:30 Uhr geschrieben: Bitte lassen Sie die Schülerinnen und Schüler hinaus. Ermöglichen Sie ihnen, noch einmal die Beine zu vertreten usw. - Dieses Problem werden wir uns aber sicherlich anschauen und mit der gemachten Erfahrung prüfen, wie wir beim nächsten Mal verfahren.

Die Möglichkeit für die Schulen, eigenständig zu handeln, wenn der Zeitraum zu lang wird, besteht nicht, weil wir die Chancengleichheit gewähren müssen. Wir dürfen dies schlichtweg nicht ins Ermessen der Schulen stellen.

Wir wollen aber durchaus Zeit einsparen. Mit der Vorabverschlüsselung sparen wir etwa eine halbe Stunde, und wir könnten auch durch technische Lösungen zusätzliche Zeit einsparen. Das bedeutet, wir wären nächstes Mal schneller. Wenn man aber absehen kann, dass es so lange dauert, gibt es natürlich die Möglichkeit, zu überlegen, dass man dann abbricht. Der Umstand, dass sich nur ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler dafür entschieden hat, abzubrechen, bestätigt aber unser Handeln. Allerdings wäre es in einem anderen Fach, bei dem beispielsweise Experimente involviert sind, vielleicht gar nicht möglich gewesen, noch am selben Tag zu schreiben, wenn eine größere Vorbereitung vonseiten der Lehrkräfte erforderlich ist.

Zu Ihrer Frage bezüglich des Korrekturaufwandes: Der 8. Mai ist der Tag nach der letzten Klausur, die eigentlich angedacht war. Am 7. Mai wird Mathe geschrieben. Ich glaube, dass das durchaus zu bewerkstelligen ist. Wir haben ja auch frühzeitig Bescheid gesagt, dass die anderen Klausuren nicht zu korrigieren sind. Insofern entfällt an dieser Stelle ja auch Korrekturaufwand. Das war uns auch wichtig. Gleichzeitig haben wir aber trotzdem explizit auf die Korrekturtage hingewiesen. Wie Sie sagen, handelt es sich aber um eine verdichtete Zeit. Die Lehrkräfte haben anders geplant. Genau dafür gibt es die Möglichkeit, an den Schulen im eigenen Ermessen zu entscheiden, ob der Bedarf wegen des Politikabiturs besteht.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE): Ich möchte meinen Dank und meine Wertschätzung aussprechen. Sie haben sehr sorgfältig gehandelt. Das haben mir viele Schulen zurückgespiegelt. Ich war an diesem Tag selber in Schulen unterwegs, und dort gab es die Rückmeldung, dass das Ganze wirklich zügig ging und die Schülerinnen und Schüler auch gut mit einbezogen wurden.

Ein Punkt, den ich hervorheben möchte, betrifft den Aspekt des Stresstestes. Hier sollte man gucken, welche Möglichkeiten es gibt. Allerdings glaube ich auch, dass sich nicht alle Szenarien werden abbilden lassen. In der Vorbereitung sollte man darauf hinwirken, dass die Lehrkräfte in solchen Situationen ruhig bleiben. Vielleicht gibt es Möglichkeiten, sie hierbei stärker zu unterstützen.

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Ich möchte gerne die These widerlegen, dass alles gut funktioniert habe und alle Schulen den Eindruck hätten, dass alles gut gelaufen sei. Das wurde uns nicht zurückgespiegelt. Es gab viel Frustration. Sie haben sehr gut beschrieben, wie die Abläufe waren. Ich glaube aber schon, dass man hinsichtlich der Kommunikation noch weitere Überlegungen anstellen sollte. Ich möchte niemandem im Ministerium unterstellen, seine Aufgabe nicht richtig erledigt zu haben. Sicherlich haben alle ihr Bestes gegeben. Dennoch sagen viele Schulleiter: Wir hätten schon erwartet, dass man durchruft und nicht einfach nur darauf vertraut, dass der Schulleiter alle E-Mails liest. Auch den Umstand, dass es große Ungewissheit bezüglich der Frage gab, wann die Aufgaben kommen, kann man nicht wegdiskutieren. Bei allem Verständnis darf man den kritischen Blick hier nicht verlieren.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE): Ich möchte natürlich niemals den kritischen Blick verlieren. Dieser ist mir sehr wichtig. Ich möchte nicht behaupten, dass alles perfekt gelaufen sei. Es war aber eine extreme Situation. Ich glaube, die Klausuren wurden noch nie an dem Tag, an dem sie geschrieben werden sollen, öffentlich gemacht. Angesichts dieser Extremsituation will ich schon betonen, dass mir rückmeldet wurde, man habe gut gehandelt. Natürlich sind viele Sachen immer optimierbar. Das hat die Kultusministerin dargestellt. Wir sind sehr daran interessiert, Dinge zu optimieren und zu verbessern und Unterstützung zu liefern.

Ministerin **Hamburg** (MK): Ich glaube, ich habe selber deutlich gemacht, dass wir über die Themen, die Sie adressiert haben, bereits nachdenken. Wir nehmen die Rückmeldungen aus den Schulen sehr ernst. Ich habe mich immer bemüht, deutlich zu machen, dass der Ablauf den Umständen entsprechend gut gelaufen ist. Natürlich ist an dem Tag für alle grundsätzlich nichts wirklich gut gelaufen. Für niemanden. Alle waren unzufrieden, jeder hätte sich den Tag anders gewünscht. Wenn man sich dann aber anschaut, wie sich die Situation entwickelt hat, kann man festhalten, dass das Ganze den Umständen entsprechend gut gelaufen ist. Natürlich kann man aber überlegen, wie es noch besser laufen kann. Die Grundstruktur hat aber grundsätzlich funktioniert.

Gerade die Frage, wie man die Kommunikation verbessern kann, habe ich hier bereits erörtert. Auch wenn wir jetzt über zusätzliche Kommunikationsmöglichkeiten und noch mehr Entlastung für die Schulen nachdenken, gibt es aber einen Durchführungserlass. Dieser ist beim Abitur nicht beliebig, sondern bindend. Während es bei anderen Erlassen durchaus einen Ermessensspielraum gibt, ist das hier nicht der Fall. Es ist mir wichtig, dies heute zu betonen. Und man hat auch gesehen, dass es diese Regel nicht ohne Grund gibt.

Die Frage, wie wir Lehrkräfte noch besser unterstützen können, schauen wir uns natürlich an. Wir bemühen uns, mit den Schulen zu sprechen, an denen es vielleicht organisatorische Schwierigkeiten gab, und zu eruieren, woran es gelegen hat. Wir haben die Rückmeldung bekommen, dass der Erlass zum Teil auch missinterpretiert wurde oder dass noch alte Regelungen in den Köpfen und in den Organisationsstrukturen an den Schulen vorherrschten. Auch hier geht es nun darum, Handlungssicherheit zu schaffen und zu beraten, wie man sich aufstellt.

Dass es unter den Lehrkräften und auch unter den Schulleitungen verschiedene Persönlichkeiten gibt, lässt sich nur bedingt regeln. Natürlich versuchen wir aber, Lehrkräfte im Wege von Coaching-Angeboten, die ihnen unterbreitet werden, zu unterstützen und bei der Weiterentwicklung zu helfen. Das treiben wir natürlich sehr stark voran.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3990](#)

erste Beratung: 37. Plenarsitzung am 17.04.2024

federführend: KultA;

mitberatend: AfRuV

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** kommt überein, den vorliegenden Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen zusammen mit dem bereits vorliegenden „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege“ der Fraktion der CDU in der [Drs. 19/1580](#) sowie mit dem dazu vorliegenden Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion vom 29. Februar 2024 (Vorlage 3 zur [Drs. 19/1580](#)) zu beraten.

Er beschließt des Weiteren, eine Anhörung durchzuführen. Mündlich angehört werden sollen:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- AWO Niedersachsen
- Caritas Niedersachsen
- Die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen (lagE e.V.)
- Katholisches Büro Niedersachsen
- Kita-Fachkräfteverband
- Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen
- Landeselternvertretung der niedersächsischen Kindertagesstätten e.V. (Kita LEV NDS)
- NBB - Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion
- Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung - nifbe
- Niedersächsisches Kindertagespflegebüro
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Schriftlich angehört werden sollen:

- Amfn e.V. - Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen/Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen
- Arbeiterwohlfahrt (AWO) - AWO Region Hannover
- Deutsches Rotes Kreuz - Landesverband Niedersachsen e.V.
- Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.
- Die Johanniter - Landesverband Niedersachsen/Bremen
- GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Niedersachsen
- Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, die Anhörung an zwei Terminen, dem 24. Mai 2024 und dem 31. Mai 2024, durchzuführen. Die abschließende Beratung der Gesetzentwürfe soll dann am 7. Juni 2024 erfolgen, um das Juni-Plenum zu erreichen.

Tagesordnungspunkt 3:

Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 1 GO LT „Situation der Gesamtschulen in Niedersachsen“ in der Drucksache 19/3958

Der **Ausschuss** bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer seiner nächsten Sitzungen.
